

Gemeinsam gegen Krieg - Für Solidarität und Unterstützung mit der Ukraine

Wir als BDKJ Bayern verurteilen den Angriff der russischen Föderation auf die ukrainische Bevölkerung zutiefst und zeigen unsere Solidarität mit den von diesem Krieg betroffenen Menschen. Als Dachverband der katholischen Jugendverbandsarbeit in Bayern haben wir in besonderer Weise die verheerenden Auswirkungen dieses Krieges für Kinder und Jugendliche im Blick. In Artikel 22 und 38 der UN-Kinderrechten ist der besondere Schutz von Kindern und Jugendlichen im Krieg und auf der Flucht verankert.

Durch die Anschläge auf sowohl zivile Ziele wie Theater und Krankenhäuser, als auch durch die wahllosen Angriffe auf die Zivilbevölkerung wie es die Menschenrechtverletzungen und grausame Tötungen durch russische Soldaten in Butscha Anfang April zeigten, bricht Russland massiv sowohl mit dem Völkerrecht als auch mit den UN-Kinderrechtskonventionen. Diese Taten lassen Kinder und Jugendliche zutiefst traumatisiert und entwurzelt zurück. Als verbandliche Jugendarbeit sehen wir uns in der Pflicht, geflüchteten Kindern und Jugendlichen einen Ort zu geben, an dem sie kurz die Strapazen der Flucht und traumatischen Erlebnisse hinter sich lassen können.

Als Christ*innen wollen wir uns auch selbst für Frieden, Solidarität und tätige Nächstenliebe einsetzen. Wir möchten von der Flucht betroffene Menschen kurz- und langfristig so gut unterstützen, wie wir können. Deshalb rufen wir unsere Verbände und Engagierten auf,

- Geflüchteten die Hilfe anzubieten, die sie leisten können, Angebote zur Integration und Vernetzung mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu schaffen,
- die eigenen Strukturen und Kontakte zu Verantwortungsträger*innen zu nutzen, damit Ressourcen und Hilfestellungen jeglicher Art für junge Geflüchtete zur Verfügung gestellt werden,
- geflüchtete Kinder und Jugendliche in den Verbandsalltag, z.B. in Gruppenstunden und Veranstaltungen mit einzubinden und
- sich altersgemäß mit Friedenspädagogik und dem Thema Krieg in den Angeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auseinanderzusetzen.

Wir beobachten gleichzeitig mit Sorge, wie gesellschaftliche und politische Willkommenskultur von ethnischer Herkunft abhängig ist. Daher fordern wir eine gerechte Migrationspolitik, die alle Menschen gleichbehandelt.

Von der Bundesregierung und den bayerischen Bundestagsabgeordneten fordern wir:

- Schnelle unbürokratische Hilfe für die Geflüchteten (z. B. Deutschkurse, Freizeitangebote etc. um Integration zu fördern) und humanitäre Hilfe.
- Die Sorge um schnelle und unbürokratische Familienzusammenführungen von geflüchteten Menschen.
- Den Einsatz gegen eine zwei-Klassen-Flüchtlingspolitik.

Speziell in Bezug auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine fordern wir außerdem:

- Keine Finanzierung von russischen Kriegsmitteln, besonders durch die konsequente Umsetzung eines Embargos auf fossile Energieträger aus Russland. Die daraus entstehenden Auswirkungen sollen möglichst sozial verträglich gestaltet werden.
- Einen raschen Ausbau von erneuerbaren Energien, um zukünftig sowohl eine unabhängigere als auch eine umweltfreundliche Energieversorgung für Deutschland sicherzustellen.
- Den Einsatz dafür, dass auch Männer und männlich gelesene Personen zwischen 18 und 60 Jahren, gleichberechtigt das Recht haben die Ukraine verlassen zu dürfen.

Von der Bayerischen Landesregierung und den Verantwortlichen auf kommunaler Ebene fordern wir:

- die Bereitstellung von Dolmetscher*innen für den Schulalltag.
- den Ausbau des Faches Deutsch als Zweitsprache
- die Arbeitserlaubnis für geflüchtete ukrainische Lehrkräfte/pädagogische Fachkräfte an deutschen Schulen, um ukrainisch sprachlichen Unterricht zu ermöglichen. Auch die Elternarbeit kann so enorm unterstützt werden.
- Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungs- und Bildungsstände der ankommenden Kinder und Jugendlichen bei der Einstufung ins deutsche Schulsystem.
- Die Zurverfügungstellung von unbürokratischen finanziellen und personellen Mitteln, um insbesondere geflüchteten Kindern und Jugendlichen die soziale Inklusion zu erleichtern.

Solidarität ist für Ukrainer*innen ein wichtiges, starkes und bestärkendes Zeichen. Wir unterstützen das ukrainische Volk, insbesondere auf seinem Weg zur Demokratie und Freiheit, den es seit nun knapp 9 Jahren unter schwierigsten Umständen entschlossen geht und bestärken es auf diesem zukunftsorientierten Weg zu bleiben.

Uns als Bevölkerung des globalen Nordwestens muss jedoch immer klar sein, dass unsere Solidarität nicht mit dem Eintreten eines Waffenstillstands oder der Beendigung des Angriffskriegs beendet werden darf. Auch nach dem formellen Ende der kriegerischen Handlungen bleiben die Forderungen an die Politik bestehen.

katholisch.

politisch.

aktiv.

- Finanzielle, materielle und gegebenenfalls personelle Unterstützung beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und zerstörter Wohngebiete.
- Unterstützung der nach Deutschland geflüchteten Personen, sowohl bei einem gewünschten Verbleib in Deutschland als auch bei der Rückkehr in die Ukraine.
- Unterstützung beim Wiederaufbau der (verbandlichen) Jugendarbeit vor Ort.

katholisch.

politisch.

aktiv.